

Aktuelle Debatte:

Von Oligarchie zu Oligarchie

Zur politischen Ökonomie der »farbigen Revolutionen« im post-sowjetischen Raum

Joachim Becker

Von »farbigen Revolutionen« (Šimov 2005) ist im Hinblick auf die Umstürze der letzten zwei Jahre die Rede: einer »Rosenrevolution« im Georgien zum Jahreswechsel 2003/2004, einer »orangenen Revolution« in der Ukraine ein Jahr später und einer »Tulpenrevolution« in Kirgisien im Frühjahr 2005. Durch diese Beispiele föhl(t)en sich Oppositionelle auch in Usbekistan, Azerbaidshan und Weißrussland ermutigt – allerdings waren sie dort bislang nicht erfolgreich. Der Beitrag will der Frage nachgehen, inwieweit die politischen Umstürze tatsächlich Revolution im Sinne einer tiefgreifenden politischen und sozio-ökonomischen Veränderung waren und welche Faktoren zu ihrem Erfolg bzw. Misserfolg beitrugen. Gerade letztere Frage ist höchst umstritten. Während liberale Medien vor allem Volksbewegungen gegen autoritäre Regime als die Hauptakteure sehen, verweisen andere auf eine zentrale Rolle US-finanzierter NGOs bei den Umstürzen. Beide Sichtweisen blenden allerdings die tiefe wirtschaftliche und soziale Malaise sowie die Interessen von Wirtschaftsgruppen innerhalb der post-sowjetischen Staaten weitgehend aus. Diese scheinen mir allerdings für eine Analyse unerlässliche Bestandteile zu sein.

Grundzüge der Transformationsprozesse

Für das Verständnis der Umstürze sind Verlauf und Ergebnisse der Transformationsprozesse vom Staatssozialismus zum abhängigen Kapitalismus unerlässlich. Sie gingen aus dem Kern des alten Machtapparates hervor. Eine zunächst systemimmanente Reformbewegung – Perestroika – wurde in einem von oben inszenierten Systemwechsel radikalisiert. Eine neue Bourgeoisie entstand aus den Spitzen des alten Staatsapparates. Einen Startvorteil hatten hierbei FunktionärInnen des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol), da ausgehend vom Jugendverband die ersten kommerziellen Strukturen entstanden. Diesen wussten sie auch zu nutzen und schufen sich sehr frühzeitig unschätzbare politische und geschäftliche Verbindungen im Prozess der »ursprünglichen Akkumulation« (sh. Kryschtanowskaja 1999, 223ff.; Kryschtanowskaja 2005, 171ff.). Die politische Konkurrenz erhielt damit eine wirtschaftliche Färbung. Dies trug zum Zerfall der Sowjetunion bei. Von einer Unabhängigkeit der Sowjetrepubliken konnten sich die führenden Kader der jeweiligen Republiken einen privilegierten Zugang zu politischen Kommandohöhen und wirtschaftlichen Ressourcen versprechen (Barša 1999). Auch der Forderung Gorbačovs nach Perestroika, »Glasnost« und Demokratisierung konnten sie nicht unbedingt etwas Positives abgewinnen. So unternahmen führende Parteikader in der Ukraine erste Schritte der Abnabelung der Ukraine von Moskau aus einer Ablehnung der Perestroika heraus (sh. Duleba 1998, 27f.). Mit der bemerkenswerten Ausnahme Moldawiens und der

baltischen Länder, zeichneten sich die neuen Regimeformen der post-sowjetischen Staaten durch eine extreme Machtkonzentration in der Präsidialbürokratie aus. Die Parlamente wurden abgewertet. Vielfach wurden Parteien faktisch aus der Präsidialdemokratie gelenkt. Duleba (1998, 27) kennzeichnet sie als Parteien der Macht. Viele der Spitzenpolitiker kamen (und kommen) aus der KPdSU, bemühten jetzt aber neue, einem bürgerlichen Zeitalter angepasste Ideologien zu ihrer Legitimation. Auch Kommunistische Parteien hatten in den westlichen Ex-Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen Staaten) einen Platz als quasi-offizielle Opposition, die aber weiss, dass sie bei der oppositionellen Tätigkeit nicht zu weit gehen darf. Schwächer waren Parteien mit einem klareren politischen Profil, sei es in Form einer nationalen Rechten oder – seltener – einer politischen Linken. Gerade diese Parteien, sofern es sie gab, kritisierten Manipulation von Medien, Wahlen und ein repressives Klima.

Die Kontrolle der politischen Schlüsselpositionen war auch der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Aus politischen Verbindungen konnte Kapital im Prozess der ursprünglichen Akkumulation gezogen werden. Ein sehr kleiner Personenkreis konnte in kurzer Zeit große Vermögen aufhäufen. Als besonders einträglich erwiesen sich hierbei vor allem Unternehmen im Rohstoffsektor und in der Infrastruktur. Hierin liegt eine Ähnlichkeit mit lateinamerikanischen Staaten, und ähnlich, wie dort, wurde die neue Bourgeoisie auch als Oligarchie bezeichnet. Die gewählten Transformationsstrategien und der Zerfall des gemeinsamen Wirtschaftsraumes führten zu einem starken Fall der Wirtschaftsleistung. Verglichen mit einem Index von 100 im Jahr 1989 lag das reale BIP laut Zahlen der UN Wirtschaftskommission für Europa Ende der 90er Jahre bei einem Indexwert von etwa 55. In einzelnen Fällen war der BIP-Rückgang allerdings noch stärker – in der Ukraine bis auf einen Indexwert von 39,3 (1999), in Tadschikistan und Georgien, wo es zu kriegerischen Konflikten kam, sogar auf Werte um 30 (n. Sereghyová 2004, 67, Tab. 5). Auch 2004 lag das reale BIP in den GUS-Ländern 19,8% unter dem Niveau von 1989, wobei neben Ländern mit inneren Konflikten, unter denen Georgien mit einem Rückgang von 58,5% negativer Rekordhalter war, Moldawien (-55,6%) und die Ukraine (-41,2%) besonders schlecht abschnitten (UNECE 2005, 70, Tab.: App. B.1). Entsprechend stark war die Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Nur in Usbekistan und Weißrussland war die Transformationskrise wirtschaftlich weniger tief, und sie wiesen als einzige GUS-Staaten 2004 ein real substantiell höheres BIP auf als 1989. Im Fall Usbekistans lag es 19,5% höher, im Fall Weißrusslands 13,4% (UNECE 2005, 70, Tab. App. B.1). In beiden Ländern war der Umgestaltungsprozess gradueller. Im relativ hoch industrialisierten Weißrussland kam es auch nicht zur Herausbildung einer den meisten anderen post-sowjetischen Staaten vergleichbaren »Oligarchie« (sh. Neunhöffer 2001).

Akteure der Umstürze

Infolge der elenden Lebensverhältnisse und des geringen Grades realer Demokratisierung war die Legitimierung der bestehenden Ordnung schwach. Soziale Unzufriedenheit war latent vorhanden, fand aber lange Zeit politisch kaum einen organisatorischen Ausdruck. Aber auch aus Sicht von Teilen des Machtblockes war die neue Ordnung korrekturbedürftig. Bei einem Ausschluss aus dem engeren Kreis der Macht drohte auch Ungemach in der wirtschaftlichen Sphäre. Konflikte wurden z. T. mit extremer Brutalität ausgetragen. Für eine Konsolidierung der neuen Eigentumsordnung erschien ihnen bald ein größeres Maß an Regelmäßigkeit und Rechtsstaat-

lichkeit geboten (Marušiak 2004, 2). Dies ließ bestimmte Gruppen des Machtblocks auf Distanz zum bestehenden Regime gehen. Wirtschaftliche und politische Konkurrenzbeziehungen innerhalb des Machtblockes eskalierten teils auch bis zum Bruch. In der Ukraine war der von Präsident Leonid Kučma zu seinem Nachfolger ausersehene Viktor Janukovyč derart eng mit der Schwerindustrie in der Ost-Ukraine verbunden, dass seit langem dem Machtblock um Kučma eng verbundene Geschäftsleute aus Leichtindustrie und Dienstleistungen um ihre wirtschaftliche Zukunft zu fürchten begannen und sich auch aus wirtschaftlichen Gründen an die Opposition annäherten (Marušiak 2004, 2). In Kirgisien ging die Revolte von marginalisierten Machtgruppen in der Südregion des Landes aus. In allen Fällen rekrutierte sich die Spitze der Umsturzbewegung allerdings aus »der selben postsowjetischen Elite« (Šimov 2005, 24), oft sogar aus früheren SpitzenpolitikerInnen des Regierungslagers. Das gilt sowohl für die beiden ukrainischen Spitzenpolitiker Viktor Juščenko und Julia Timošenko wie auch für Micheil Saakašvili, einem früheren Liebling des langjährigen georgischen Staatspräsidenten Eduard Ševardnadse und nach dessen Sturz sein Nachfolger. Auch die Führung der kirgisischen Opposition rekrutierte sich aus ehemaligen Verbündeten des Staatspräsidenten Askar Akajev.

In den Fällen erfolgreichen Umsturzes stellten sich also dissidente PolitikerInnen des Machtblocks an die Spitze der oppositionellen Bewegung. Die Bewegungen selbst waren jedoch breiter. Sie spitzten sich anlässlich von Wahlfälschungen zu, waren aber Ausdruck tiefsitzender gesellschaftlicher Unzufriedenheit. In der Ukraine war es schon lange vor dem Jahreswechsel 2004/5 zu erheblichen Protestbewegungen gekommen. Diese richteten sich gegen die extreme Machtkonzentration und gegen Repression. Nach der Ermordung des Journalisten Gongadse, bei der die Spuren in die höchste Machtspitze führten, war es bereits zu einem ersten Protesthöhepunkt gekommen. Bei diesen Protesten spielten nicht nur dissidente Politiker des bisherigen Regierungslagers, sondern auch die linke Opposition der Sozialistischen Partei der Ukraine Olexander Morozs eine tragende Rolle. Sie traf sich mit bürgerlichen PolitikerInnen in der Forderung nach einer Demokratisierung – und vertrat diese auch konsequenter – unterschied sich aber von diesen in ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung.

Sowohl in Georgien als auch in der Ukraine waren vor allem durch StudentInnen getragene Stoßtrupps ein zentrales Element bei der Organisation der Proteste. Sie erhielten finanzielle und technische Unterstützung aus dem Ausland, primär aus den USA (Genté/Rouy 2005; Jauvert 2005; Cheterian 2005, 13). Der US-Regierung ist offenbar daran gelegen, um Russland herum einen Cordon sanitaire eindeutig US-freundlicher Regierungen zu legen. Hier geht es um den Zugriff auf Öl und Gas sowie die entsprechenden Transitrouten, offenbar auch in Konkurrenz zu westeuropäischen Ländern. Die Regierungen der Ukraine und Georgiens galten Washington als unsichere Kantonisten mit zu engen Verbindungen nach Moskau. Während die russische Regierung dem Regierungskandidaten Janukovič massiv unter die Arme griff, pumpten die USA große Summen in oppositionelle Aktivitäten. Diese wurden vor allem über NGOs abgewickelt (Jauvert 2005, Huber 2005). Dieses Muster hatte sich bereits bei der Mobilisierung gegen Vladimir Mečiar in den Wahlen von 1998 in der Slowakei sowie 2000 in Jugoslawien gegen Milošević bewährt. Slowakische AktivistInnen berieten bei der Mobilisierung gegen Milošević ihre serbischen PartnerInnen (Mojžita 2003, 122f.; Nič/Čaučík 2004, 365; Jauvert 2005), und sowohl slowakische

als auch serbische NGO-ExpertInnen berieten ihrerseits AktivistInnen in post-sowjetischen Republiken. Unter osteuropäischen Regierungen hat die US-Politik auch offiziell sichtbare Unterstützung gefunden. Das gilt speziell für Polen und die Slowakei, die eine besonders US-freundliche Außenpolitik verfolgen. Im Fall Polens spielen historische Reminiszenzen eine Rolle. Die Westukraine und das westliche Weißrussland waren in der Zwischenkriegszeit Teil Polens. In Weißrussland lebt nach wie vor eine polnische Minderheit. Polen spielte bei der Aushandlung eines Kompromisses zwischen Regierungslager und Opposition, der einem Regierungswechsel den Weg ebnete, ebenso eine Schlüsselrolle wie bei einer partiellen Neupositionierung der EU im Hinblick auf die Ukraine (Orzechowski 2004, Kwásniewski 2005). Schwerpunkt-länder der slowakischen Entwicklungszusammenarbeit sind Staaten, die für die USA als strategisch interessante Problemfälle in Südosteuropa und dem post-sowjetischen Raum gelten (sh. Nič/ Čaučík 2004, 374).

In Kirgisien wurde der Umsturz hingegen ohne US-amerikanisches Zutun von lokalen Kräften ins Werk gesetzt. Die USA verfügten hier – wie Russland – ohnehin über Militäreinrichtungen. Ihr »Hauptwunsch« in Kirgisien war Stabilität und entsprechend zurückhaltend waren die Reaktionen sowohl aus dem Westen wie aus Moskau (Šimov 2005, 25). Dieses unterschiedliche Verhalten gegenüber ähnlich autoritären Regierungen lässt auch erkennen, dass die US-Unterstützung oppositioneller Bewegungen im post-sowjetischen Raum weniger vom Wunsch nach demokratischeren Verhältnissen als von geopolitischen Erwägungen geprägt ist.

Resultate

In drei Ländern – Georgien, der Ukraine und Kirgisien – waren die oppositionellen Bewegungen erfolgreich. Die alten Präsidenten traten unter Druck ab bzw. der als Nachfolger ausersehene Präsidentschaftskandidat konnte das Amt wegen Protesten gegen Wahlfälschungen nicht antreten. In allen drei Staaten hatten sich die alten Regime wegen des starken Rückgangs der Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 1989 – Georgien: -58,5%, Ukraine: -41,2%, Kirgisien: -15,8% – diskreditiert (UNECE 2005, 70, Tab. App. B1). In allen drei Fällen waren frühere SpitzenpolitikerInnen des alten Machtblocks zentrale Akteure der oppositionellen Bewegung, die sich die weitverbreitete politische und soziale Unzufriedenheit zu Nutze machten. In Georgien und Ukraine hatten sie zudem Unterstützung aus den USA, allerdings war dies nicht der Fall in Kirgisien.

Die Veränderungen waren sehr begrenzt. Allein in der Ukraine wurden – auf Drängen der Sozialistischen Partei – die extrem weit gefassten Kompetenzen des Präsidenten beschnitten und die Kompetenzen des Parlaments ausgeweitet. Insofern sind die institutionellen Veränderungen – mit Ausnahme der Ukraine – minimal.

In Georgien wurde zwar das Amt des Premierministers wieder eingeführt, zwischen Präsident und Premier kam es aber zu Spannungen. Anfang 2005 kam der Premierminister Žvania unter äußerst zweifelhaften Umständen ums Leben (Kuranian 2005, 18, 21). Folter ist nach wie vor verbreitet. Zumindest eine der von Russland unterstützten separatistischen Enklaven konnte die georgische Regierung mit friedlichen Mitteln reintegrieren, was als Schritt zur inneren Konsolidierung des Staates gewertet werden muss. Hiermit einher ging eine verstärkte Annäherung an die USA. Die liberale, auf Privatisierung bauende Wirtschaftspolitik fand die Unterstützung internationaler Finanzinstitutionen. Ob die Wirtschaftspolitik auch Anklang unter

den Armen – im Jahr 2003 lebten 54,5% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (Kuranian 2005, 19) – kann bezweifelt werden. Mit Ausnahme der Reintegration separatistischer Landesteile und einer Neuausrichtung der Außenpolitik herrscht in Georgien ein erhebliches Maß der Kontinuität fort.

In der Ukraine beauftragte der neu gewählte Präsident Viktor Juščenko seine wichtigste Verbündete während der Massenmobilisierung, Julia Timošenko als Premierministerin mit der Bildung einer breit gefächerten Regierung. Im Regierungslager waren Positionen von extremen Nationalisten, die versuchen die UON-UPA, die während des 2. Weltkrieges mit dem deutschen Faschismus kollaborierte, zu rehabilitieren (Wilczak 2005), bis hin zur Sozialistischen Partei vertreten. Unterschiedliche Auffassungen traten nicht nur im Hinblick auf die Bewertung der Vergangenheit, sondern auch in der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Tage. Während Juščenko eine nur sehr begrenzte Überprüfung dubioser Privatisierungen und eine eher restriktive Fiskalpolitik befürwortete, trat die Gruppe um Timošenko für umfangreiche Überprüfungen bisheriger Privatisierungen und die Stärkung der Massenkaufkraft (zwecks Erhöhung der eigenen Popularität) ein. Unter wechselseitigen Vorwürfen von Korruption und Amtsmissbrauch zwischen dem Juščenko- und Timošenko-Lager wurde die Premierministerin im September 2005 entlassen. Ihr Nachfolger wurde mit Jurij Jechuranov ein erklärter Wirtschaftsliberaler (Pravda 24. 11. 2005, 11). Zu seinen ersten Maßnahmen gehörte der Abverkauf des größten Stahlproduzenten in der Ukraine, woraufhin sich auch die Sozialistische Partei von der Regierungspolitik distanzierte (Frankfurter Rundschau, 27. 10. 2005, 3). Jechuranov konnte Juščenko allerdings nur mit Hilfe seines ehemaligen Rivalen Janukovyč im Parlament durchbringen. Damit zeigt sich das frühere Oppositionslager nun offen gespalten. Eine offene Koalition der Juščenko- und Janukovyč-Fraktion der Oligarchie nach den Parlamentswahlen in diesem Frühjahr ist nicht ausgeschlossen. Die außenpolitische Orientierung auf den Westen könnte sich als ambivalenter erweisen als von Washington erhofft. Jedwede Regierung muss in Rechnung stellen, dass die Wirtschaftsbeziehungen nach Russland von großer Bedeutung sind und es eine große russisch-sprachige Bevölkerungsgruppe, speziell in der Ost-Ukraine gibt. Die von den USA und der derzeitigen ukrainischen Regierung angestrebte baldige NATO-Mitgliedschaft hat in der Bevölkerung nur geringen Rückhalt (Huber 2005, 1472). Wie in Georgien ist auch in der Ukraine außenpolitisch eine verstärkte US-Orientierung festzustellen, während im Hinblick auf die innere Ordnung starke Elemente der Kontinuität unübersehbar sind.

In Kirgisien war laut der polnischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* (4. 12. 2005, 6) Folge des Umsturzes nicht eine Demokratisierung, sondern »eine noch stärkere Schwächung der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen«. Seit März 2005 dauern Proteste und Plünderungen an.

In verschiedenen anderen Ländern des post-sowjetischen Raumes hat es Proteste gegeben, die nicht zum Umsturz geführt haben. Von diesen Fällen haben in der westlichen Presse Weißrussland und Usbekistan die meiste Aufmerksamkeit erfahren.

Gegen das weißrussische Regime Lukašenkos versucht ein breites Spektrum von Gruppen schon seit Jahren zu mobilisieren. Unterstützung haben sie zuletzt vor allem aus den USA, Polen und der Slowakei erfahren. In den Mittelpunkt stellen die weißrussischen Oppositionellen, die sich überwiegend aus intellektuellen Kreisen rekrutieren, die Forderung nach Demokratisierung sowie eine größere Unabhängig-

keit von Moskau (sh. Ancipienka/ Akudovič 2005). Ihre Resonanz ist sehr begrenzt. Das hängt einerseits mit der juristischen Gängelung und gezielten Repressalien des Sicherheitsapparates, andererseits – und vor allem – mit der recht erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Lukašenkos zusammen. Nach einem Einbruch in der ersten Hälfte der 90er Jahre hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage im Rahmen einer etatistischen Lenkung konsolidiert (sh. Wyganowski 2005). Für die Wirtschaftsstrategie stellen exportorientierte Industrien ein zentrales Element dar. Die weißrussische Integration in den Weltmarkt ist zwar prekär, aber durchaus nicht erfolglos gewesen (sh. Neunhöffer 2001, 110ff.). Die Opposition kritisiert die Wirtschaftspolitik als Rückfall in Sowjetzeiten. Doch mit der Propagierung von Radikalreformen kommt sie bei der Bevölkerungsmehrheit nicht an. Die Aussicht, ein weiteres »Transformationstal« durch die marktgeleitete Restrukturierung von Betrieben zu erleben, ist für die Mehrheit der Bevölkerung nicht attraktiv, ebenso wenig die unverhohlene Verachtung, die manche Oppositionelle gegenüber bisherigen Lukašenko-WählerInnen bekunden« (Neunhöffer 2001, 131). Im Vergleich zu den post-sowjetischen Nachbarländern sind die Lebensverhältnisse besser, deren Transformationsstrategie dient als Warnung. Russland ist zwar für die Regierung Lukašenko ein wichtiger Verbündeter, doch ist das Verhältnis zum östlichen Nachbarn von Ambivalenzen geprägt (sh. Ancipienka/ Buřhackau 2005, 107ff.). So wird zwar immer wieder von politischer und wirtschaftlicher Integration mit Russland gesprochen, doch zieht die weißrussische Regierung einen Teil ihrer Legitimität aus der Abgrenzung zum russischen Transformationsmodell. Hingegen sind Putin und Lukašenko durch Ähnlichkeiten im politischen Herrschaftsmodell sowie bestimmte außenpolitische Interessenkonvergenzen geeint.

Auch für die Legitimierung des usbekischen Regimes spielte ein sehr gradueller Transformationsansatz eine zentrale Rolle. Klientelismus ist ein wichtiges Element der Sicherung von Akzeptanz des bestehenden Regimes (Horák 2005, 44). Das reale BIP liegt höher als 1989, allerdings gibt es spezielle Problemregionen, vor allem das Fergana-Tal. In dieser Gegend kam es schon 1999 zu bewaffneten Aktionen, die islamistischen Gruppen zugeschrieben wurden. Im Mai 2005 war Andīzan in derselben Region Schauplatz großer Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften gewalttätig niedergeschlagen wurden. Offiziell wurden 187 Tote zugegeben, real waren es jedoch nach Zeugenberichten sehr viel mehr. Im Herbst 2005 wurden angebliche Rädelsführer in einem Prozess, der Beobachter an die Schauprozesse des Stalinismus erinnerte, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt (Stupavský 2005, 1). Repression scheint in der usbekischen Machtsicherungsstrategie eine ungleich stärkere Rolle zu spielen als in Weißrussland, wo weit mehr materielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die US-amerikanische Förderung von Umstürzen im post-sowjetischen Raum, die mit Demokratisierungsforderungen einhergehen, sowie die kritische westliche Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung der Proteste haben zu einer starken Abkühlung des usbekisch-US-amerikanischen Verhältnisses und zu einer Annäherung an Moskau geführt.

Im Gegensatz zu Usbekistan konnten die Regierungen Aserbaidschans und Kasachstans im Herbst 2005 mit reichlichen Öleinnahmen im Rücken – trotz zweifelhaften Wahlablaufs – die Opposition leicht im Zaum halten. Auch die USA zeigten sich angesichts florierender Geschäfte in diesen beiden Staaten nicht an einem Regimewechsel interessiert. Der aserbaidshanischen Opposition wurde das im Vor-

feld der Wahlen von Seiten der USA auch eindeutig signalisiert (Gazeta Wyborcza, 3./4. 12. 2005, 20).

Regime, die eine vorsichtigeren, sozial verträglichere Transformationsstrategie verfolgten bzw. auf beträchtliche Einnahmen aus Öl- und Gasverkommen zurückgreifen konnten, waren eher in der Lage, oppositionelle Kräfte zu marginalisieren. Passive Zustimmung wurde über relative ökonomische Stabilität gewonnen, gegen aktive Opposition mit Repressalien – im Fall Usbekistans bis hin zu extremer Repression – vorgegangen. Im Kontext einer relativ erfolgreichen Transformation vermochte auch auswärtige Unterstützung der weißrussischen Opposition nicht zum Durchbruch zu verhelfen. Im Fall der öl- und gasproduzierenden Länder konnte sie auf US-Unterstützung nicht bauen.

Schlussfolgerungen

Auch nach den Umstürzen überwogen im Regimetyp und den sozio-ökonomischen Verhältnissen die Elemente der Kontinuität. Nur im ukrainischen Fall hat es wenigstens eine begrenzte institutionelle Veränderung gegeben. Im Wesentlichen ist aber eine Fraktion der Oligarchie durch eine andere ausgetauscht worden. Es ist eher das Diktum des italienischen Literaten Giuseppe Tommasi di Lampedusa (1976) bestätigt worden: Es wird alles geändert, um nichts zu ändern.

Trotz des bescheidenen Maßes der Veränderung hat Mobilisierung von unten in den drei erfolgreichen Umstürzen eine wichtige Rolle gespielt. Sie war motiviert sowohl durch die extrem schlechte ökonomische Lage im Vergleich mit der Spätphase der Sowjetökonomie als auch durch den politischen Legitimitätsverlust des bisherigen Machtblocks. Genutzt hat der Protest jedoch primär Gruppen aus der neuen Bourgeoisie, die auf den Regimewechsel gesetzt hatten. Gefördert worden sind die Umstürze in zwei Fällen auch durch US-Unterstützung, allerdings war dies keine unerlässliche Erfolgsbedingung. In Kirgisien ist die Regierung auch ohne US-amerikanisches Zutun gefallen. Und, umgekehrt, haben deutliche äußere Anstrengungen im Fall Weißrusslands keine erfolgreiche oppositionelle Bewegung hervorgebracht, da die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Weißrussland besser als in anderen post-sowjetischen Staaten sind.

Haben die Regierungsumstürze auch keine wirkliche Veränderung der inneren Verhältnisse bewirkt, so haben sich die geo-politischen Konstellationen sehr wohl etwas verschoben. In der Ukraine und Georgien haben die USA ihre Position ausbauen können. Ein nicht-intendierter Effekt ihrer Politik war allerdings ihr gleichzeitiger Positionsverlust in Usbekistan.

Literatur

- Ancipienka, Aleš/ Akudovič, Valancin, Hg. (2005) Neznáme Bělorusko. Prag
 Ancipienka, Aleš/ Buňhacáũ, Valerka (2005) Lukašenko – potrét moci a člověka.
 In: Ancipienka/ Akudovič, S. 96-112
 Barša, Pavel (1999) Národnostní konflikt a plurální identita. In: Barša, Pavel/ Strmiska, Maxmilián: Národný stát a etnický konflikt. Brno, S. 9-172
 Cheterian, Vicken (2005) Révolutions en trompe-l'oeil à l'est. In: Le Monde diplomatique, Dezember, S. 12-13
 Duleba, Alexander (1998) Konec súčasnej strednej Európy? Ukrajina a Sloveno po prvej vlne rozšírenia NATO. Bratislava

- Genté, Régis/Ropuy, Laurent (2005) Dans l'ombre des «révolutions spontanées».
In: Le Monde diplomatique, Januar, S. 5-6
- Horák, Slavomír (2005) Střední Asie mezi východem a západem. Prag
- Huber, Mária (2005) Demokracieexport nach Osteuropa: US-Strategien in der Ukraine.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 50 (12), S. 1463-1472
- Jauvert, Vincent (2005) Les faiseurs de révolutions. In: Le nouvel observateur, 25. 5.
(www.nouvelobs.com/articles/p2116/a269201)
- Kuranian, Andro (2005) Gruzie druhý rok po »revoluci růži». In: Mezinárodní politika,
29 (5), S. 18-21
- Krysztanowska, Olga W. (1999) Die Transformation der alten Nomenklatur-Kader in die neue russische Elite. In: Steiner, Helmut/Jadow, Wladimir A. (Hg.) Rußland – wohin? Rußland aus Sicht russischer Soziologen. Berlin, S. 213-243
- Krysztanowska, Olga (2005) Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin. Köln 2005
- Kwásniewski, Alexander (2005) Krajobraz po sąsiedzkiej rewolucji. In: Tygodnik Powszechny,
16. 1., S. 9-10
- Marušiak, Juraj (2004) Oranžová evolúcia. In: Slovo, 8. 12., S. 2-3
- Mojžita, Miroslav (2003) Belehrad. Poznámky 1995 – 2001. Bratislava
- Neunhöffer, Gisela (2001) Belarus und die internationale politische Ökonomie.
Globale Zwänge – autoritäre Antwort. Münster
- Nič, Milan/Čaučík, Marián (2004) Aktivity mimovládnych organizácií v zahraničnej rozvojovej pomoci. In: Majchrák, Jozef et al. (Hg.) Keď ľahostanost' nie je odpoveď. Príbeh občanskeho združovania na Slovensko po pade komunizmu. Bratislava, S. 365-377
- Orzechowski, Marek (2004) Dni, które wstrząsnęły Unią. In: Tygodnik Powszechny, 3. 12., S. 11
- Sereghyová, Jana (2004) Investice realizované podniky transformačních zemí v zahraničí. Prag
- Stupavský, Peter (2005) Súd, ktorý bol a nebol. In: Slovo, 30. 11., S. 1, 9
- Šimov, Jaroslav (2005) Barevné revoluce v zemích SNS: 'To be continued? Mezinárodní politika,
29 (5), S. 24-28
- Tommasi di Lampedusa, Giuseppe (1976) Der Leopard. Berlin
- United Nations Economic Commission for Europe (2005) Economic Survey of Europe, 2005, 2
- Wilczak, Jagienka (2005) Prawda spod fabry. In: Polityka, 19. 11., S. 58-60
- WP (2005) Rewolucja, ale inna. In: Tygodnik Powszechny, 4. 12., S. 6
- Wyganski, Jan (2005) Klody pod biznesowe nogi. In: Trybuna, 22./ 23. 10., S. 12

Tageszeitungen

Frankfurter Rundschau
Gazeta Wyborcza, Warschau
Pravda, Bratislava

Webseiten

<http://www.taxjustice.net> – Netzwerk Steuergerechtigkeit (international)

<http://www.attac.de/steuerflucht> (D)

<http://visar.csustan.edu/aaba/aaba.htm> – AABA (UK)

<http://www.ctj.org> – Citizen for Tax Justice (US)

<http://www.oecd.org/taxation> – OECD (Int)

Mailinglisten

- Steuerflucht-Informationsdienst von Attac Deutschland und offene Diskussionsliste der Attac-AG Steuerflucht & Steuerpolitik, beide abonnierbar über: <http://www.attac.de/maillinglisten>
- Informationsliste des internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit; Abonnierbar über: <http://www.taxjustice.net>



Die EU hätte Potential als global vorbildliches Sozialmodell.
Statt dieses Potential zu nutzen verfolgt sie eine neoliberale Politik.
Die EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen hat also einen guten Grund.

Auf www.unsereuropa.at finden sich aktuelle Informationen zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, Wissenswertes zu Geschichte und Struktur der EU, sowie Alternativen zum aktuellen neoliberalen Kurs.

Europa hat Zukunft – wenn wir die europäische Politik verändern.

Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne Infomaterial zu.
Kontakt: infos@unsereuropa.at, Telefon 01/544 0010

%attac.at

www.wespennest.at

Zwölf Jahre nach dem Ende der Apartheid-Bewegung ist nicht zuletzt auf dem Film-Bereich eine Anti-Apartheid-Bewegung entstanden. Das Projekt wird geleitet, für die der Johannesburg-Studio-Experten ein Spektrum abgibt. Hier amüsierte sich im Umfeld des Westmagazins -Dum- in den Star- und überliefert eine Köhler- und Anstaltskollaboration, der in Interviews, Erfahrungsbüchern, Essays und Foto nachgegangen wird.

WESPENNEST 142: SOPHIATOWN
Fotografie und Film in Südafrika

Ist gut sortierten Buchhandel oder direkt:
Wespennest, Rambrodstr. 21/4, A-1020 Wien
T: +43-1-4320821, F: +43-1-4320876
Das Einzelheft kostet EUR 12,-, das Abonnement
EUR 36,- (4 Hefte inkl. Versand)

Bestellen Sie ein Prototyp zum halben Preis,
oder entscheiden Sie sich für ein Abo und lassen
Sie ein Abgeschenk ein Buch oder eine CD mit
unserer Homepage!



Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial
Mittelschicht und Wohlfahrtsstaat

Herbert Walther
Neoliberale Utopie und Wirklichkeit

Gustav Horn
Wirtschaftspolitik in Deutschland nach der Wahl

Engelbert Stockhammer
Wirtschaftliche Effekte des österreichischen EU-Beitritts

Nikolaus Hammer
Gewerkschaftsstrategien auf globaler Ebene.
Zur Entstehung eines breiten Repertoires

Preise: Einzelnummer € 9,-, Jahresabonnement € 29,-
(inkl. Auslandsversand € 41,90), ermäßigtes Studenten-
Jahresabonnement gegen Bekanntgabe einer gültigen
ÖH-Card-Nummer € 17,-, jeweils inkl. MwSt.

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien,
Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexus.at. Dort kann auch ein kostenloses
Probeheft angefordert werden.

1/06

 LexisNexis™
ARD Orac

AK
Wien